Honduras: Staat schweigt weiter über Verbleib der entführten Garífuna

21.09.2020 18:25

Von HondurasDelegation
amerika21

Triunfo de la Cruz. Acht Wochen nach ihrem gewaltsamen Verschwindenlassen durch Schwerbewaffnete, die Westen der Ermittlungspolizei DPI trugen, gibt es weiterhin keine Hinweise darauf, was mit drei Landrechts-Aktivisten und zwei weiteren Einwohnern der afroindigenen Garífuna-Gemeinde Triunfo de la Cruz in Honduras geschehen ist.

Nach zwei Monaten habe noch keine staatliche Institution Auskunft darüber geben können was passiert sei, sagte der Jesuitenpater Ismael Moreno, genannt Melo. "Sie sind nicht in der Lage irgendwie mitzuteilen, welche Ermittlungen angestellt wurden, um herauszufinden, wo die Garífuna sind. Nach zwei Monaten bewahren sie immer noch Stillschweigen über die abscheuliche Tat. Daraus schließen wir, dass der Staat selbst in hohem Maße dafür verantwortlich ist, was passiert ist, was daraus wurde und dass bisher alles straflos bleibt."

Familienangehörige, Gemeinden, Garífuna- und Menschenrechtsorganisationen weltweit fordern weiter Aufklärung des Verbrechens, Bestrafung der Täter und Schutz für die afroindigenen Garifuna-Gemeinden an der honduranischen Karibikküste.

Miriam Miranda, Koordinatorin von Ofraneh, betonte zuletzt immer wieder, dass das gewaltsame Verschwindenlassen, ebenso wie mehrere Morde an Garifuna-Menschenrechtsverteidigern, die vorausgingen, in einer Situation passiert seien, in der die traditionellen Garífuna-Gemeinden verschiedenen Projekten einheimischer und ausländischer Investoren im Wege stünden. Dazu gehörten "normale" Tourismusprojekte ebenso wie die Zede (Sonderzonen für Beschäftigung und ökonomische Entwicklung), für die sich der Staat besondere Rechte zur Enteignung gesichert hat, um die Gebiete dann Investoren zu überlassen, die extraterritoriale Privatstädte aus ihnen machen.

Der Kontext der Gewalttaten, so Miranda gegenüber dem Solidaritäts-Netzwerk HondurasDelegation, ist "eine Auseinandersetzung darüber, wer die Territorien kontrolliert." Die Gemeinden Triunfo de la Cruz und Punta Piedra fordern ihre vom interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof (CIDH) bestätigten Landrechte ein und verlangen eine rechtsstaatliche Antwort auf das gewaltsame Verschwindenlassen der fünf Männer aus Triunfo de la Cruz.

Polizeisprecher Jair Meza hatte am 9. September betont, es gebe Fortschritte bei den Ermittlungen und man warte auf Haftbefehle gegen die mutmaßlichen Täter. Bei dem Fall handle es sich nicht um eine Geiselnahme, so Meza, sondern um eine Entführung und es sei "bis dato keinerlei Rettungsaktion angefordert" worden.

Sowohl der CIDH als auch der UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen hatten den honduranischen Staat mit großer Dringlichkeit aufgefordert, nach Albert Snaider Centeno, Milton Joel Martínez Álvarez, Suami Aparicio Mejía García, Gerardo Misael Trochez Calix zu suchen, das Verbrechen aufzuklären und die betroffenen Gemeinden zu schützen.

Die staatlichen Berichte zu den gesetzten Fristen Ende August und Anfang September sind nicht öffentlich bekannt; dem Vernehmen nach fielen sie dürftig und unbefriedigend aus. Aus einer Resolution des Gerichtshofes vom 2. September ging hervor, dass der honduranische Staat in seiner Antwort jede eigene Beteiligung an der Tat von sich wies und keinerlei Hinweise auf den Verbleib der Verschleppten gab.

Die nächste Frist dafür wurde nun für den 28. September 2020 festgesetzt.

Zurück zur Newsübersicht

Pariser Str. 13 • D - 81667 München
info@oeku-buero.de
fon: +49 89 448 59 45

Bankverbindung: Stadtsparkasse München
IBAN: DE 65 7015 0000 0056 1762 58
BIC: SSKMDEMM

www.oeku-buero.de